

Auszug aus "express international", Samstag, den 2.März 1968, Jahrgang V Nr.54/55,Seite 8 (gescannt)

SPD und Mitbestimmung

von Peter von Oertzen

Die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft nimmt in den programmatischen Vorstellungen der SPD eine merkwürdige, um nicht zu sagen unklare Stellung ein.

Im Godesberger Programm von 1959 wird die Mitbestimmung sehr nachdrücklich gefordert: "Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirksamen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertanen zu einem Wirtschaftsbürger werden. Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden. "

Und wenige Wochen später hat Herbert Wehner in einer programmatischen Rede über "Die Arbeiterfrage im Grundsatzprogramm der SPD" die zentrale Rolle der Mitbestimmung noch einmal unterstrichen: "... unbestritten... ist die Notwendigkeit, die zum Teil erst sehr bescheidenen und zum Teil fast verkümmerten Anfänge der Mitbestimmung, die vielfach durch Aktenstaub und durch Routine von Institutionen und Personen bis zur Unkenntlichkeit verdeckt worden sind, diese Anfänge der Mitbestimmung bewußt zum Ausgangspunkt eines beharrlichen Kämpfens um eine Neuordnung der Wirtschaft in richtigem Verhältnis zur politischen Demokratie zu machen."

In den Jahren nach 1959 hat die SPD dann freilich keine Tätigkeit entfaltet, die in diesem Punkt den Godesberger und Nach-Godesberger Proklamationen entsprochen hätte. Sie hat vielmehr teils stillschweigend, teils ausdrücklich den Standpunkt vertreten, daß Initiativen auf dem Gebiet Mitbestimmung Sache der Gewerkschaften und nicht Sache der Partei seien. Noch im Frühjahr 1966 hat Herbert Wehner, der leidenschaftliche Vorkämpfer für die Mitbestimmung "als Ausgangspunkt eines beharrlichen Kämpfens um eine Neuordnung der Wirtschaft" (so 1959) auf einer Funktionärs-Versammlung des Ortsvereins Hannover den Gewerkschaften den schwarzen Peter zugeschoben und mit bissiger Genugtuung festgestellt, daß auch diese noch keine konkreten Pläne vorgelegt hätten. (Dies war übrigens insofern eine Unwahrheit, als ein DGB-Gesetzentwurf zur Ausweitung der Montanmitbestimmung auf die gesamte Großindustrie schon seit dem I.November 1960 vorlag.)

Seit kurzer Zeit hat sich dieser Abstinenzstandpunkt jedoch geändert. Die wachsende Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Gewerkschaftler, sowohl mit der Notstandspolitik der Partei, als auch mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Ergebnissen der großen Koalition hat es der Parteiführung offenbar geraten erscheinen lassen, die bisher geübte Zurückhaltung aufzugeben. So würde kürzlich - wenn auch immerhin nicht weniger als acht Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programms - eine eigene sozialdemokratische Mitbestimmungskommission eingesetzt. Außerdem enthält der Entwurf "sozialdemokratischer Perspektiven" einen Abschnitt "Mitbestimmung", in dem Initiativen der Partei auf diesem Gebiet angekündigt werden.

Die Einordnung der Mitbestimmungsforderung in den Sachzusammenhang der "sozialdemokratischen Perspektiven" muß jedoch Bedenken erwecken. Schon die Art, in der die "Perspektiven" sich auf das Godesberger Programm beziehen, ist mehr als merkwürdig. Zwar werden aus dem Programmtext einige Zeilen zitiert, aber die entscheidenden, von mir oben wiedergegebenen Aussagen des Programms zur Mitbestimmung werden fortgelassen; überdies

erscheint der zitierte Text in gegenüber dem Programm veränderter Reihenfolge und sprachlich leicht korrigiert. (Es erhebt sich dabei die Frage, ob diese Umstellung nicht geeignet ist, die Tatsache verbergen zu helfen, daß die Godesberger Kernsätze über die Mitbestimmung gerade fehlen, was nur derjenige Leser der "Perspektiven" feststellen kann, der sich die Mühe macht, im Originalprogramm nachzusehen.)

Diese scheinbar ganz äußerlichen Eigentümlichkeiten in der sprachlichen Form der "Perspektiven" sind jedoch in Wirklichkeit keineswegs äußerlich. Sie bringen vielmehr eine politische Stellungnahme zum Ausdruck. Es scheint mir kein Zufall zu sein, daß die kritischen und hart fordernden Sätze des Godesberger Programms, daß insbesondere die Forderungen nach "Neuordnung der Wirtschaft" nicht zitiert werden. Wie denn überhaupt die gesamten "Perspektiven" kaum mehr erkennen lassen, daß in den Grundforderungen von Godesberg der Satz steht: "Der demokratische Sozialismus erstrebt.., eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung".

Nach den Aussagen des Godesberger Programms der SPD (und auch nach den Aussagen des Düsseldorfer DGB-Programms) ist die Mitbestimmung keine isolierte Forderung, sondern steht in einem größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang:

1. Die gegenwärtigen Mitbestimmungsrechte sind nur unzulängliche Teilstücke einer wirklich umfassenden Mitbestimmung. (" ... sehr bescheidene und zum Teil fast verkümmerte Anfänge der Mitbestimmung ..." Herbert Wehner 1959)
2. Auch eine umfassende Mitbestimmung wäre nur Teil einer weiterreichenden "Neuordnung" der Wirtschaft.
3. Die Neuordnung der Wirtschaft ist schließlich nur Teil einer "neuen und besseren Ordnung der Gesellschaft" (Einleitung des Godesberger Programms).

Diesen größeren Zusammenhang hat die sozialdemokratische Politik seit dem Jahre 1959 zunehmend vernachlässigt; diesen Zusammenhang vernachlässigen auch die "Perspektiven". Es ist nötig, ihn wieder bewußt zu machen und auch die Forderung nach Ausbau der Mitbestimmung in den Rahmen des sozialdemokratischen Gesamtprogramms hineinzustellen.

1. Die Forderungen nach Ausweitung der Montanmitbestimmung und nach Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes sind zwar richtig und begrüßenswert, reichen aber nicht aus. Wenn die "gleichberechtigte Stellung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft" ("Perspektiven") erreicht werden soll, muß die Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft wirksam werden.
 - a) Auf der "überbetrieblichen" Ebene: Das betrifft sowohl die zentralen Organe einer Planung und Lenkung der Volkswirtschaft, als auch die sogenannte Selbstverwaltung in den Kammern.
 - b) Auf der Ebene der Unternehmungen: Für die Riesenunternehmungen muß endlich die schon lange geplante "demokratische Unternehmensverfassung" geschaffen werden. Auf die übrigen Großunternehmungen sollte eine - unter Umständen verbessert - Montanmitbestimmung Anwendung finden. Für die kleineren Unternehmungen sind zumindest wirksame und gesicherte Kontrollrechte auf wirtschaftlich- finanziellem Gebiet zu fordern.
 - c) Auf der Ebene der Betriebe: Die technisch-soziale Organisation der Produktion, vom Arbeitsplatz bis zur Betriebsleitung, muß auf allen Stufen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer unterworfen werden. Wo technisch-organisatorisch möglich, muß an die Stelle der bisherigen hierarchischen eine kooperative Betriebsverfassung treten.
2. Die Mitbestimmung kann ihre volle Wirksamkeit entfalten, wenn sie durch eine umfassende

Neuordnung der gesamten Wirtschaft ergänzt und mitgetragen wird. Planung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung, langfristige Haushaltspolitik sowie eine wirksame Kontrolle wirtschaftlicher Macht einschließlich der Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum müssen zur Mitbestimmung hinzutreten.

3. Eine dem Frieden und der Entspannung dienende Außen- und Deutschlandpolitik, eine tiefgreifende Reform unseres parlamentarischen Regierungssystems, die Demokratisierung unseres Staatsapparats, umfassende soziale Sicherungen für alle Bürger, die Beseitigung bestehender Meinungsmonopole und eine demokratische Bildungsreform müssen die wirtschaftliche Neuordnung zur gesellschaftlichen Neuordnung ergänzen.

Nur im Zusammenhang eines solchen umfassenden sozialdemokratischen Reformprogramms kann auch die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft richtig verstanden und sinnvoll weiterentwickelt werden. Die Kritik an der vergangenen Mitbestimmungspolitik der SPD und an den Lücken ihrer gegenwärtigen Stellungnahmen ist zugleich eine Kritik an den Schwächen ihrer gesamten Politik.